



# MECKLENBURGER AUFBRUCH

Stimme unabhängiger demokratischer Gruppen in Mecklenburg · Nr. 2 · 19. Januar 1990

## Das Waldschlößchen – ein Gespensterschloß?

Über 500 besorgte Bürger aus Crivitz und Schwerin versammelten sich auf Initiative des Neuen Forums am 13. Januar an der F 321 beim Waldschlößchen vor Crivitz. Sie forderten die Auflösung der dortigen Kommandozone des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes. Waldschlößchen – ein schöner Name für einen so schmutzigen Ort. Was war geschehen?

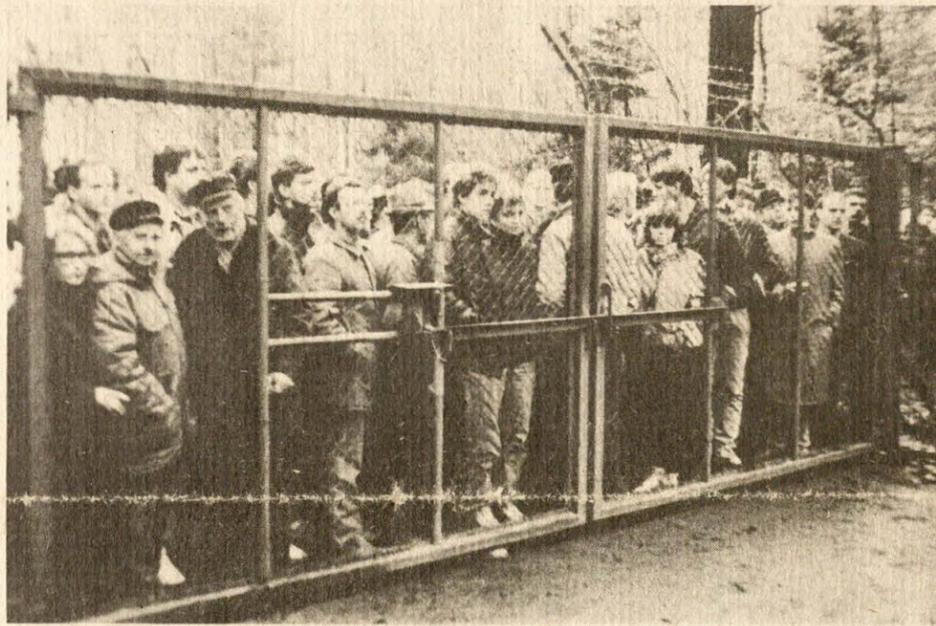
„Bild am Sonntag“ berichtete am 7. Januar, daß das ehemalige MfS die DDR mit einem dichten Netz von geheimen Waffenlagern überzogen habe. Allein im Kreis Crivitz seien 25 solcher Objekte. Prompt kam am 8. Januar von ADN ein Dementi. Hierin erklärte Regierungssprecher Koch (auf Grund seiner Unglaubwürdigkeit inzwischen seiner Funktion enthoben), daß „in den Bezirken geschützte Nachrichtenknotenpunkte eingerichtet wurden, die für Aufgaben im Verteidigungsfall genutzt worden wären. Eine derartige Einrichtung befand sich auch in Crivitz. Dieser Nachrichten-knotenpunkt sei nicht als Waffenlager benutzt worden“. Diese Lüge entlarvte der Crivitviter Pastor Dr. Rathke. Er als Vertreter der Bürgerinitiative und Kirche begleitete häufig den Militärstaatsanwalt bei der Besichtigung von Objekten. Er war entsetzt über die ADN-Falschmeldung und bestätigte: Das Waldschlößchen ist ein Waffenlager der ehemaligen Stasi, er sah es mit eigenen Augen.

Mehr als verständlich, daß der Vertrauensschwund und die Sorge der Bürger groß sind, die Ungeduld wächst, denn bisher erfolgte noch nicht die festgelegte Übergabe an die NVA. Die Bürgerinitiative hat Beweise, daß die Aufklärung über dieses brennende Objekt verzögert wird. Vor Ort waren ebenfalls Vertreter der VP, NVA und auch der ehemaligen Stasi. Oberstleutnant Lippert von der VP betonte, daß die Maßnahmen zur Auflösung und Übergabe zu schleppend vorangehen. Aus diesem Grund ging die VP gemeinsam mit der Bürgerinitiative am 12. Januar eine Sicherheitspartnerschaft ein. Zusammen werden alle 6 Tore des Waldschlößchens bewacht. NVA-Oberst Schröder sagte zu, sich mit seinem Kommandanten in Verbindung zu setzen und um eine Entscheidung zur Übernahme zu bitten. Unglaublich der Stasi-Offizier Schulz, der bei der von den versammelten Bürgern geforderten Öffnung des Tores sagte, er habe keinen Schlüssel! Nach langem Hin und Her vor einem der sechs Tore erzwangen sich 15 Teilnehmer Einlaß in das Stasi-Objekt. Zu sehen gab es nicht viel. Die oberirdischen Stabs- und Dienstgebäude blieben verschlossen. Ganz zu schweigen von den unterirdischen Einrichtungen, sie liegen immer noch unter Geheimnisschutz.

Um die Verschleierungspolitik der Stasi zu vereiteln, steht seit dem 12. Januar Tag und Nacht eine Mahnwache vor dem Objekt.

Wie lange sollen sich die Crivitviter noch an der Nase herumführen lassen? Machen wir doch endlich Schluß mit der Politik des Verdummens!

### Ein typischer Verschleierungsfall aus unseren Tagen



Vor dem Tor besorgte Crivitviter – hinter dem Tor immer noch die Kommandozone der Stasi



Endlich – die Bürgerinitiative hat es erzwungenermaßen geschafft: Ein Tor öffnet sich. Fotos: Hauck

Als die Situation in den späten Mittagsstunden am 13. Januar am Waldschlößchen immer kritischer wurde, sicherte die Bürgerinitiative zu, ein Telegramm an den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Herrn Dr. Hans Modrow, zu senden.

Es enthält folgenden Wortlaut:

Wir sind empört über mehr als 25 Objekte des Stasi, zum Teil mit Waffenlager im Bereich unserer Kleinstadt Crivitz, die weithin gegen die eigene Bevölkerung gerichtet waren.

Wir sind empört über das irreführende Dementi des früheren Regierungsbeauftragten Koch vom 8. Januar zu diesen Objekten.

Wir sind empört, daß in einem dieser Großobjekte, genannt „Schießstand beim Waldschlößchen“, bis heute die Stasi/Nasi die Befehlsgewalt innehat und offenbar noch Schießübungen durchgeführt werden. Wir verlangen sofortige Beendigung der Tätigkeit des Amtes für Nationale Sicherheit und demokratisch nachprüfbarer Übergabe an glaubwürdige Einrichtungen.

Wir verlangen radikale Offenlegung der Stasi-Aktivitäten durch die dafür Verantwortlichen in der Justiz und in den staatlichen Organen und auch durch bisherige Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes, statt Verschleierung und Verschleppung. Lassen Sie nicht zu, daß Vertrauen und Geduld verantwortungsvoller Bürger in unserem Land weiterhin mißbraucht werden.

### Bürger und Sprecherrat der Politischen Bürgerinitiative in Crivitz

Am 15. Januar (aktueller Stand bis Redaktionsschluß) erfolgte dann endlich die offizielle Übergabe an die NVA. Damit ist das Objekt außen von der VP und innen von der NVA bewacht. Wie ein NVA-Angehöriger sagte, wird „in einem kritischen Moment mit Schärfe reagiert“.

Noch immer unterliegt die anscheinend umfangreiche unterirdische Anlage dem absoluten Geheimnisschutz. Auch Pastor Dr. Rathke wurde als militärischer Geheimnisträger verpflichtet. Er, dem Worte noch etwas bedeuten, hält sich daran.

Die Crivitviter geben nicht auf. Sie wollen weitermachen in ihrem gewaltfreien und gerechten Kampf um die Aufklärung im Fall Waldschlößchen. Die Bürger sind und bleiben auf Wache und – so unvorstellbar es auch ist – der Kommandeur dieses Stasi-Objektes im Urlaub!

Nachdenkenswert ist auch die Vermutung eines Vertreters vom Neuen Forum. Bei Crivitz wurde das erste Objekt dieser Größenordnung festgestellt. Es muß sie analog auch in anderen Bezirken geben.

Für die Geheimniskrämer ist es also allerhöchste Eisenbahn, endlich mit offenen Karten zu spielen! Die Bürgerinitiative erwartet die sofortige Offenlegung und Entmilitarisierung des Waldschlößchens und weiterer Objekte sowie ihre Beteiligung bei der Auflösung.

F. R.

## Nie wieder!

Ohne die Stasi wäre die jahrzehntelange 99%ige Zustimmung zur alten Staats- und Parteiführung nicht denkbar gewesen. Der Versuch dies verkommenes Machtinstrument wieder zu installieren, ist vorerst gescheitert. Wir sind das Volk, das Volk ist auf der Hut!

Wir haben Vertrauen in unsere Sehnsucht nach Demokratie. Sie ist so stark, daß wir keine Angst haben, sie könnte durch Rechtsextremismus am Werden gehindert sein. Wir hoffen auch uns gelingt, was den Deutschen in der andern Republik gelang: Eine parlamentarische Demokratie trotz eines Volkes ohne Angst – besser durch ein Volk ohne Angst.

Es ist ein Wunder: Arg- und harmlose Bürger haben einen in 40 Jahren perfektionierten Überwachungs- und Unterdrückungsmechanismus außer

Kraft gesetzt. Er ist noch in der Lage – sprich: noch nicht entwaffnet – uns das Fürchten zu lehren. Unsere Furcht läßt uns wachsam sein – aber unsere Angst haben wir ein für allemal verloren! Wir hören nicht auf, uns zu wehren. Wir verhindern die Wiedereinsetzung unserer Unterdrücker, welchen Namen sie auch tragen sollen.

Wir sind entsetzt über Denkmalbesudelungen, Grabschändungen. Unsere VOLKSpolizei soll hierfür zuständig sein. Antiterrorinsatzgruppen können in regulären Streitkräften ausgebildet werden. Die Zeit, in der es einen „Dienst“ gab, der möglichst jeden Bürger überwachte, muß endgültig vorüber sein! Sonst gehen wir wieder auf einen Einheitsstaat mit einer Einheitspartei zu – das hatten wir schon – 40 Jahre zu lang!

M./M.

„Eine Gesellschaft, die etwas mehr Sicherheit auf Kosten der Freiheit gewinnen will, wird unweigerlich sowohl ohne Sicherheit als auch ohne Freiheit sein.“ (Neue Zeit, Moskau Nr. 50/89)

## Wir denken an die Opfer

44 Jahre lang hat auf diesem Land die schwere Last der Angst gelegen. Die Herrschenden haben diese Angst bewußt erzeugt: durch Bespitzelung und Terror. Auch in unserer Nähe gibt es Opfer dieses Terrors.

Wir denken an den Architekten Otto Schröder aus Schwerin. 1951 – er war mit dem Umbau des Schlosses zum Landtagsgebäude beschäftigt –

wurde er abgeholt: Eine der berüchtigten Limousinen mit den Herren in Ledermänteln hielt im Morgengrauen vor seinem Haus am Tannenhof. Otto Schröder ist für immer verschwunden. Seine Familie hat nie erfahren, weswegen er verhaftet wurde und wo er geblieben ist. Vermutungen sprechen von einem Lager in der Sowjetunion. Wir denken an Otto Schröder. Ha.

# Warum freue ich mich nicht...

Vom Olymp schaue ich auf die Erde und sehe buntes Blech. Anders: Ich komme aus dem Museum (Schwerin) und betrachte achtundvierzig Treppenstufen oder acht Meter dreißig abwärts den Platz des Alten Gartens, bis dato tunlichst rein gehalten von östlichen Zivilisationsmobilen, heute mit westlichen bis an den Rand gefüllt. Ein Mann in grüner Uniform, Ordnungshüter des Museums, steht neben mir: „Ist das nicht schön?“ sagt er mit Blick auf die match-box-Parade. – „Nein, mir gefällt das nicht.“ – „Schuldigung“ sagt er und zieht sich zurück. Er will nicht schon wieder was falsch machen als VOLKS-Polizist. Er geht in den Musentempel. Ich steige vom Olymp.

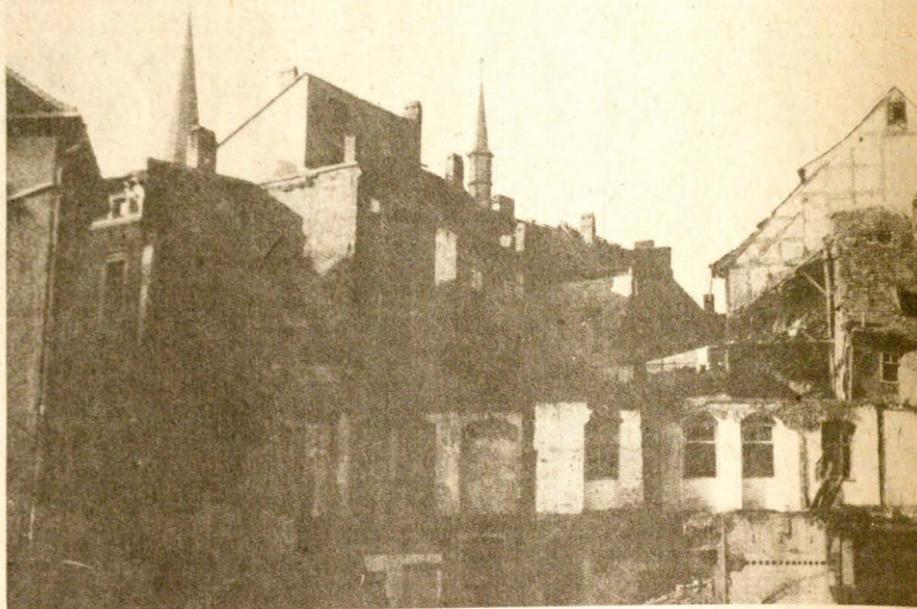
Rot. Türkis. Silber. Metallic. Mit Wohlgefallen ruhen meine Augen auf den dicken Reifen des BMW. So schön können Mordwerkzeuge sein! Die 240 km/h stehen nicht nur auf dem Tacho, die werden auch gefahren; nicht bei uns – noch sind die Linden und Kastanien an den schmalbrüstigen Alleen nicht gefällt. Über die Autobahnen von München nach Stuttgart, von Bremen nach Hannover, von Kassel nach Koblenz rauschen sie, Sekundenfilme auf unserer Pupillenleinwand. Wunderbar. Nur darf sich ihnen nichts Unvorhergesehenes in den Weg stellen. Ein Pferd. Oder ein Stein. Oder eine Nebelwand. Dann wird aus Wunder Katastrophe. Aber Leben ist Wandel und unvorhersehbar. Panta rhei, sagte der Grieche Heraklit. Alles fließt. Auch die Indianer dachten so. Der weiße Mann hat eine andere Devise: Leben ist Entwicklung, und die muß vorangehen: Mehr. Schneller. Vor allem perfekt. Das schaffen wir schon! Aber das Leben, dieser Klassenfeind, schläft nicht. Er schlägt dem perfektesten Perfektionismus mitten ins Gesicht. Ein Wort genügt: Tschernobyl. Warum quälen mich die Zweifel. Die Stadt ist voller Freude und voller Wessis; aus Hamburg, Lübeck und anderen Städten meerumschlungenen. Freundliche Leute. Sie tragen lange Mäntel und Außenschals und sagen: „Hallo, Landsleute“, wie ihr Kanzler. Ich schau mich um. Mich können sie nicht meinen. – „Berlin, nun freue dich“, hatte Momper bei der Öffnung des Brandenburger Tores gesagt. Und die Menschen drängten an seinen geschichtsträchtigen Worten vorbei. Der Mantel der Geschichte flatterte verloren im Wind.

Dieses flauere Gefühl im Magen. Ich sollte etwas essen. Die Schlange vor der Fischgaststätte ist länger als sonst. Die Wessis tragen sich die Informationen zu: „Wieso kann man nicht rein? – Überfüllt. Man wird plaziert. Das ist hier so. – Interessant. – Wird sich ändern lassen. Kleine Spritze von uns. (Lächeln) Nicht wahr? – Der Vorraum könnte ja etwas gemütlicher aussehen. Haben die hier keine Spendenkasse? Schade. – Wir haben gerade in die Schloßkasse ein Scheinchen gesteckt. Naja, ist doch selbstverständlich.“

Was heißt hier spenden! Aal grün mit Petersiliensoße und Salzkartoffeln für fünf Mark vierzig Ost kostet für sie einsachtzig, und wenn sie schwarz tauschen fünfundvierzig Pfennige. Die Serviererin könnte sagen: „Darf ich Ihnen diese Portion spendieren, meine Dame vom Timmendorfer Strand, denn zu Hause bei sich können Sie sich doch den Aal nicht leisten.“

Langsam kommt doch Freude in mir auf. Ist das nicht schön, wir sitzen an einem Tisch und reden über dies und das. ... Die DDR ist eines der reichsten Länder, hat Bahro gesagt und – sinngemäß – nehmen Sie die DDR aus Mitteleuropa heraus und setzen Sie sie irgendwohin, in die Dritte Welt oder anderswo, was meinen Sie, wie die Menschen in dieses Land strömen, und zwar hinein und nicht hinaus; von einem solchen Lebensstandard und einem solchen Maß an Freiheit können die nur träumen... – Eine reiche DDR. Dazu noch mündige Bürger. Welche Chancen für mein Land! Wenn nur die SED-PDS nicht wäre, denn sie läßt keine Chancengleichheit zu. Das pfeifen die Spatzen von allen Mediendächern. Die SED-PDS will erstens sowieso alles und zweitens sogar das Wettrennen zwischen Mercedes und Trabant behindern mit ihrer halbverkrüppelten Marktwirtschaft. Wenn auch in der Welt längst größere Rennen ausgetragen werden, um Abrüstung zum Beispiel oder um saubere Luft, wir lassen uns unsere deutsch-deutsche Hase-und-Igel-Stafette nicht nehmen. WIR sind das Volk. Und das ist jeder. Ich auch. Die Revolution gehört auch mir. Jetzt kann ich es sagen: Ich habe ein Geschwindigkeitstrauma, utopische Neigungen und jüngst auch einen Traum – Gysi und Bahro umarmen sich. Nicht als Person, sondern in ihren Zielen. Aber ein Traum ist zur Freude zu wenig.

Astrid Kloock, Wendisch Rambow



## Spenden – wofür?

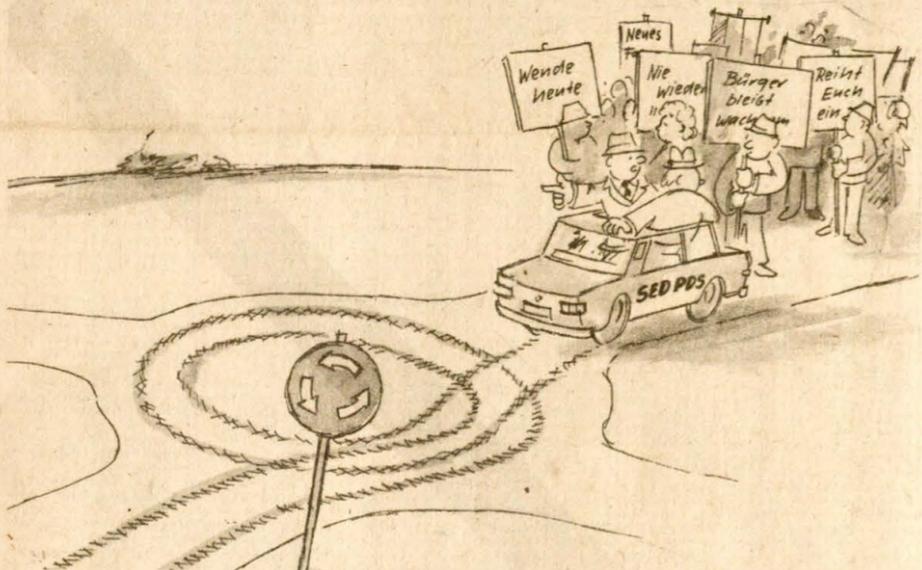
Der ruinöse Zustand eines Großteils der historisch gewachsenen und vom zweiten Weltkrieg verschont gebliebenen Bausubstanz der Städte und Gemeinden in der DDR ist hinlänglich bekannt. Auch die Bundesbürger hatten und nutzen in den letzten Wochen die Gelegenheit, sich hierzulande umzusehen, und die traurige Bilanz 40jähriger größtenteils unterlassener Baupflege und Werterhaltung zu besichtigen. Und wir brauchen nicht mehr zu verschweigen, was alle längst wissen: Hier läßt sich nichts mehr beschönigen. Das hat das Bauwesen mit vielen anderen Wirtschaftszweigen in der DDR gemeinsam. In Mecklenburg gibt es ja noch einen großen Bestand von historischen Einzelbauwerken, Bauensembles, Stadtstrukturen, Herren- und Gutshäusern, Parkanlagen, Kirchen, Scheunen und dgl. die nicht, wie vielerorts in der Bundesrepublik, auf dem Wellenberg der Konjunktur „durchmodernisiert“ wurden, sondern – mehr oder weniger – in ihrer ursprünglichen Gestalt erhalten blieben. Vieles ist verfallen, verwahrlost, fast aufgegeben, aber jetzt doch noch zu retten. Es gab schon vor der „Wende“ einige engagierte Bemühungen von Denkmalpflegern, Architekten, Städtebauern und anderen Fachkollegen, wertvolle Bausubstanz vor dem planmäßigen Verfall oder Abriß zu bewahren und hierzu neue, unkonventionelle Wege zu beschreiten, siehe Schelfstadt-Aus-

stellung in Schwerin. Die meisten dieser Versuche blieben jedoch im Netz der ehemaligen Parteibürokraten hängen. Die Geschichte der Gaststätte „Wöhler“ zeigt, wo die Prioritäten gesetzt wurden: Die Treue zu den staatsdoktrinären Plankennziffern verhinderte jegliche Entscheidung zugunsten solcher Vorhaben, die nicht in die Reihe der bevorzugten Objekte gehörten.

Jetzt wird mit einmahl aufgerufen zu den verschiedensten SPENDENAKTIONEN ...

Da gibt es neu eingerichtete Konten für Ost- und Westmark zur „Erhaltung historischer Stadtkerne“, zur Denkmalpflege an bedeutenden Sehenswürdigkeiten in der DDR. Auch in Schwerin wurde man aktiv. Im Thronsaal des Schweriner Schlosses steht ein Glaskasten mit entsprechen dem Aufruf in der Presse sind Konto-Nummern veröffentlicht, im Westen werden Sponsoren gesucht. Wem nützt es?

Ich halte es für dringend geboten, hier ein größtmögliches Maß an Öffentlichkeit einzufordern, und damit verbunden ein kritisches Hinterfragen der Effizienz der Planungs- und Vorbereitungsstrecke von Denkmalpflege- und Bauleistungen. In diesem Sinne meine Empfehlung: Bürger, spendet gern und viel, aber laßt Euch bitte auch verbindlich sagen, wofür und für wen!



Aber Leute, auch wir haben eine echte Wende hinter uns!

Karikatur: Klünnert

## Wie lange noch?

Warum eigentlich nicht gleich eine Volksabstimmung und dann die Wiedervereinigung?

Weil wir sie vorbereiten müssen. Denn da sind eben auch die wirtschaftlichen Voraussetzungen zu schaffen. Es geht ja nicht so, daß man einfach nur zwei Teile zusammenschließt wie zwei Apfelhälften, sondern die beiden Teile müssen sich auf den verschiedenen Ebenen verflechten, damit die Verbindung stabil und unauflöslich wird.

Unser Wirtschaftssystem muß sich in einer Weise ausformen, die diese Verflechtung ermöglicht. Es ist klar, daß wir dazu das wirtschaftliche Organisationsprinzip der Europäischen Gemeinschaft ausbilden müssen, und das ist der Markt.

Die SED-PDS allerdings liebäugelt nach wie vor mit der Planwirtschaft. Sie hat noch immer kein Wirtschaftsprogramm, sagt aber man dieser Orientierung praktisch der internationalen Arbeitsteilung ab und konsequenterweise auch der staatlichen Einheit der deutschen Nation. Sie spricht unverbesserlicherweise von einer „Pluralität unterschiedlicher ökonomischer und politischer Systeme“. Die Konsequenz dieser Politik wird uns vor die Alternative stellen, ob wir uns von der D-Mark und dem westlichen Markt überschwemmen lassen wollen, womit unsere Existenz beendet wäre und unsere Menschen alles verloren hätten, was sie erarbeitet haben, oder die SED-PDS muß erneut die Mauer hochziehen, um uns zu „schützen“. Auf dieses Abenteuer dürfen wir uns nicht einlassen.

In der gegenwärtigen Diskussion fehlen weithin Aussagen zur Finanzreform.

Wir müssen für eine sozial abgesicherte Einigungspolitik als ersten Schritt die Gründung einer eigenen Gewerbebank fordern, die die Kreditierung der Wirtschaftsreform durch westliches Kapital übernimmt. Besonders kleine und mittlere Betriebe werden auf diese Gewerbebank angewiesen sein.

Die Städte- und Gemeindepartnerschaften sollten wir nutzen, zu deren Wirtschaftsberatungsbüros Kontakte aufzunehmen, denn die erworbene politische Ökonomie des Sozialismus arbeitet nach einem völlig anderen Prinzip. Bis zur nächsten Kommunalwahl muß jede Partei bzw. Bürgerbewegung ein wirtschaftliches Kommunalprogramm vorlegen. Ist der Fahrplan für die wirtschaftliche Sanierung klar, könnten über die kommunalen Partnerschaften Weiterbildungswochenenden für Buchhalter, selbständige Handwerker und Gewerbetreibende, Gewerkschafter, Bauern, Finanzangestellte u. a. organisiert werden.

Durch die Unerfahrenheit in der Marktwirtschaftsführung kann es bei uns zu Konkursen und Fehlentwicklungen kommen, die vermeidbar sind. Es gibt Angebote von pensionierten Beratern, unentgeltlich in der DDR zu arbeiten. Kontakte zu seriösen Beratungseinrichtungen lassen sich vielleicht über Wirtschaftsfördereinrichtungen in der Länderregierung oder über die Räte der Partnerkommunen herstellen. Es gibt keine Theorie dieser Reform. Wie gut sie gelingt, hängt auch davon ab, wie phantasievoll und praktisch wir sie an der Basis gestalten. Wir müssen aktiv werden, sonst werden wir bald nichts weiter als ein neuer Markt für die Bundesrepublik sein.

Dr. G. Timm (SPD), Röbel

## Gedanken zur politischen Wende

Eigentlich ist die Feierabendzeit viel zu kurz, um all das „revolutionierende Neue“ aus den Medien aufzunehmen.

Erschreckend sind all die Offenbarungen, vor allem für diejenigen, die sich nur bedingt der vorherrschenden Diktatur gebeugt haben! Doch was hat sich geändert?

Alle führenden Funktionen sind wie eh und je mit den alten Genossen besetzt. Es gab doch in der Vergangenheit keinen Betrieb, keine Schule, keine Institution und keinen Wissenschaftszweig, in dem nicht ein Genosse der SED in führender Position wirkte. Und dies ist noch heute so! Selbst dort, wo ein Mitglied der sogenannten Blockparteien die Leitung übernehmen durfte, wurde dies nur gestattet, wenn diesem „Blockfreund“ eine allmächtige Parteileitung zur Seite stand. Es schmerzt, wenn die Parteilichkeit vor der Leistung rangiert. Die trotz allem willigen Werkstätten ließen demzufolge auch in ihren Leistungen nach. Hat sich das geändert? Das einzige, das anders ist: Ich kann diesen Brief schreiben, ohne inhaftiert zu werden. Aber das Mißtrauen ist noch sehr groß!

Sonst aber hat sich in der betrieblichen, institutionellen Hierarchie nichts geändert. Wo wir hinschauen sind noch die „Alten“! Zugegeben, es ist nicht möglich, alle Stellen neu zu besetzen. Das

Chaos würde noch größer. Ich habe volles Vertrauen zu Genossen wie Modrow und Berghofer. Sie sind aber Mitglieder der alten Partei, der ich in den 50er Jahren schon einmal vertraute. Ich möchte diese vertrauenswürdigen und viele andere Genossen von einem persönlichen Makel ausschließen. Dennoch war die SED 40 Jahre lang auf der Sonnenseite unseres Landes. Was wäre aus unserem Land geworden, wenn sich nicht mit M. Gorbatschow die Öffnung vollzogen hätte, sondern alles beim alten geblieben wäre? Die geistige Unterdrückung einerseits und die Privilegien einer Parteiführungsschicht waren geblieben in einem Arbeiter- und Bauern-Staat!

Nun kann ich es aber immer noch nicht fassen, daß einige Genossen und die sich ehemals blindlings unterordnenden „Blockfreunde“ ihre Meinung so schnell ändern können! Liebgewordene Gewohnheiten und der Machterhaltungsdrang, nicht die innere Überzeugung dieser Wendehälse mag dafür eine Erklärung sein. Wenn ich unsere Presse studiere und dabei feststelle, daß sich die Redaktionskollegien kaum verändert haben, verschlägt es mir die Sprache.

Ich befürchte, läßt der Volksdruck nach, wird sich auch die Presse nicht ändern!

W. Mölbitz, Boizenburg

## Der SED-PDS ins Poesiealbum geschrieben

• „In den Kommandohöhen der Wirtschaft immer noch SED, sie leitet ihre Legitimation von der antifaschistischen Bewegung ab, wobei sie geflissentlich übersieht, daß der Rechtsradikalismus in den 40 Jahren der BRD keine Chance gehabt hat, wohl aber der Stalinismus in der DDR.“

(W. Rink, Schwerin)

• „Es wäre ehrlich, jetzt den Volkswillen zu akzeptieren und im wahrscheinlichen Falle einer Wahl Niederlage in die Opposition zu gehen. Die harten Sitzplätze einer wirklich parlamentarischen Opposition sind der beste Lehrmeister zum Erlernen demokratischer Gesinnung.“

(G. Radowski, Neustadt-Glewe)

• „Nun wollen sie uns einen neuen, dritten Weg verkaufen, auf der Basis der alten Lehre. Dabei behaupten sie, daß der Marxismus-Leninismus als Unfehlbarkeitsdoktrin die allein selig machende Theorie sei, die durch Honecker und Konsorten, im Sinne eines Betriebsunfalls, nur stalinistisch verborgen worden wäre. Und da liegt der Irrtum. Hat sich Herr Gysi mal gefragt und uns gesagt, wo diese Theorie seit 1917 überhaupt funktioniert hat?“

(Dr. G. Rütz, Feldberg)

# „Kontrollverlust“

Erfahrungen mit einem Roman



In seinem Debüt-Roman „Kontrollverlust“, im letzten Jahr in der DDR erschienen, beschreibt Norbert Bleisch, wie nationalsozialistische Vergangenheit drei Menschen einholt. Er wurde rasch als „Tabu-Verletzer“ gebrandmarkt. Der Autor, 1958 in Schwerin geboren,

verbrachte zwei Jahre in Haft. In seinem Beitrag beschäftigt er sich mit der Geschichtsschreibung in seiner Heimat, mit ihrer Neigung zur Lücke. Das Buch kam soeben in seiner westdeutschen Ausgabe bei Bertelsmann heraus.

Zu über 30 Lesungen aus „Kontrollverlust“ bin ich seit Frühjahr geladen worden; vor ausländischen Germanisten, in Bibliotheken, auf einer Werft, im Kulturbund, in einer NVA-Kommandantur, an Universitäten. Aus Lesungen vor Historikern und Lehrern wurde manchmal ein Eklat. Inmitten der Lesung unterbrach ein Historiker so: „Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß Sie in Ihrer Faschismuserklärung völlig bürgerlich infiziert sind.“ Bei anderer Gelegenheit verließ ein Lehrer den Abend, rief an der Tür: „Warum ein DDR-Verlag so was druckt, weiß ich nicht. Für mich sind Sie ein verkappter Neonazi.“ Warum konnte, wer das Buch rezensierte, in Bedrängnis kommen? Und ist nun, mit einem Mal, ach, alles anders?

Ferne Zukunft, das folgende Jahr, der nächste Tag und so fort wird irgendwann zur Gegenwart, bekommt in diesem Augenblick seine einmalige und bleibende Prägung und wird dann zum riesigen Berg Vergangenheit, nun nicht mehr korrigier-, aber manipulierbar. Zukunft und Gegenwart sind Momente; was bleibt, ist Vergangenheit, die ständig wirkt: als Gegenwart-Städte, Träume, Bücher, Kriege.

Nach dem noch gültigen philosophischen Dogma der SED gehört zum Beispiel nur dem Sozialismus die Zukunft, Zukunft als quasi gradliniges Kontinuum, während die Vergangenheit je nach politischer Lage von Parteitag zu Parteitag per Beschluß teilweise oder ganz „anders“, „neu“ beschrieben und bewertet wird.

Der ungeliebte Abfall Vergangenheit. Natürlich gibt es nicht die Vergangenheit, ständig kommen neue Erkenntnisse hinzu. Mir geht es um Grundsätzliches. Schadet das Tabu, dem wir allenthalben begegnen, nicht mehr als kundige oder der Versuch nach kundiger Auseinandersetzung?

Bei den Recherchen zum Thema Lebensborn, im Roman-Text Beleg für die These, daß Faschismus weniger eine Partei als vielmehr eine bestimmte Lebensauffassung ist, bin ich schnell an die Grenzen der Beweisführung gelangt; zum einen läßt sich eine Befindlichkeit schwer beweisen, wichtiger aber war die Reaktion etwa in der Akademie der Wissenschaften: das Thema Lebensborn ist nicht Gegenstand wissenschaftlicher Forschungsarbeit. Andere Historiker an Universitäten auf meine Bitte um Unterstützung: Das Thema ist nebensächlich. Fachkundige Gespräche fanden nicht statt, der Ausgangspunkt wurde Endpunkt. Gesagt wurde: Wir haben die wissenschaftliche marxistische Geschichtsschreibung, damit können wir, wenn es sein muß, alles erklären. Symptomatische Antwort und Kern des Problems: Alles nicht Erklärbare, Berechenbare, Ablesbare wird als – im Sinne des Wortes – gegenstandslos abgetan, und nun folgt die Tagesordnung. Natürlich kenne ich junge Historiker und Literaturwissenschaftler, die mit anderem Ansatz arbeiten, einen, den ich teile. Ihre Arbeit endet aber oft in banalen Dingen: Was in der Bundesrepublik oder in Frankreich zu diesem Thema in jeder Buchhandlung käuflich ist, gibt es bei uns kaum,

und wenn, in den Giftschränken einiger Bibliotheken.

Paradox: In der DDR, wo Antifaschismus völlig zu Recht ein Grundpfeiler der Gesellschaft ist, wird die Auseinandersetzung, also Antifaschismus konkret, recht schwergemacht. Als ob Antifaschismus ein erledigtes Thema wäre. Als ob Antifaschismus ein verbaler Akt in Sprechblasen wäre. Als ob Faschismus nur das Finanzkapital wäre, über das hierzulande einiges geschrieben wurde. Und was ist mit jenen, die der Zeit von '33 bis '45 ihr Gesicht aufdrückten: Hitler, Himmler, Goebbels, Göring, Ley, Speer usw.? Warum beschäftigt sich hier niemand mit diesen Menschen, die Kinder waren, Frauen hatten, durch welche Umstände und Voraussetzungen sie zu Verbrechern wurden, und was ist an Voraussetzungen heute noch vorhanden, oder reicht ein „Nie wieder!“ aus?

Ich bekomme gesagt: Bei der Art Auseinandersetzung mit Geschichte fürchten wir, daß dabei etwas auf uns abfährt.

Umkehrschlußfrage: Bei der Masse Bücher zur sozialistischen Moral und Ethik müßte die Beeinflussung so groß sein, daß wir weder aggressives Verhalten, noch Alkoholismus, Kriminalität oder Neofaschismus-Formen haben dürften. Ist das so? Oder dialektisch: Bewirkt nicht die Wunschprojektion einiger das ungewollte, aber tatsächliche Gegenteil in der Gesellschaft?

Alle Bücher, alle Filme, alle Archive habe ich auf mein Schild gemalt und in Schwerins erster freier Demonstration hochgehalten. „Die Reue“ und „Oberst Redl“ werden bald zu sehen sein. Und was ist mit den deutschen Wochenschauen von '33 bis '45? Was ist das für eine Macht, die bestimmt, wie der deutsche Faschismus umfassend und differenziert zu erklären ist, wenn der einzelne keinerlei Möglichkeit hat, das zu hinterfragen? Wer fragt, glaubt nicht, hat mein Religionslehrer gesagt.

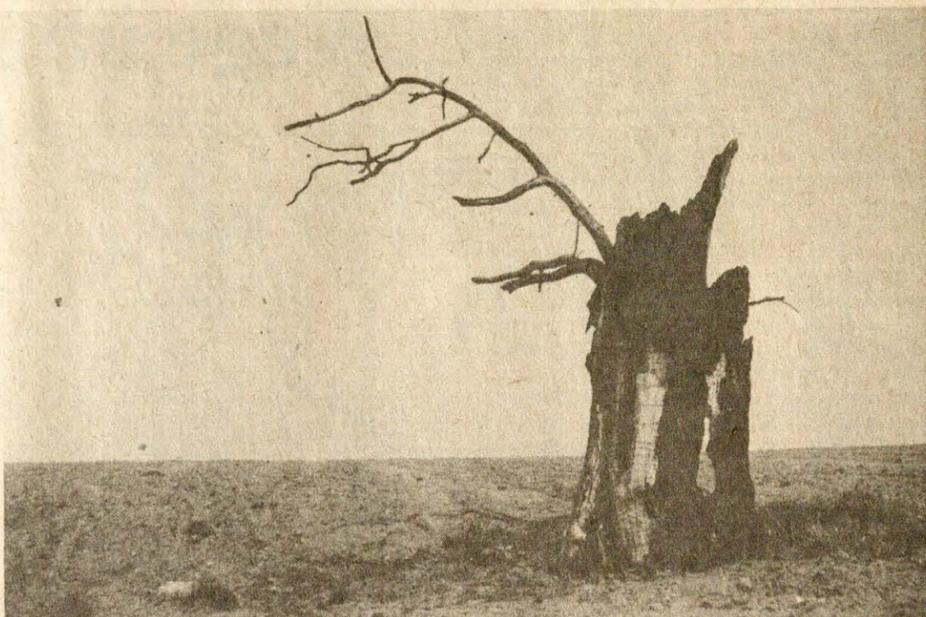
Die Aussetzung des Geschichtslehrplans neunte, zehnte Klasse an unseren Schulen macht das deutlich: Was bislang galt, gilt in der Einseitigkeit nicht mehr, also Aussetzen? Aber kaum ein Lehrer ist jetzt in der Lage, den Schülern zu sagen, was im Lehrplan alles nicht steht, auch woanders nicht steht. Bis vor gar nicht langer Zeit verunzierten unsere Plätze, Straßen und öffentlichen Gebäude Losungen, die wir wohl bis zur Rente noch auswendig können. Nach einem nicht veröffentlichten ZK-Beschluß verschwanden diese Losungen, meist nachts, wenn es keiner merkte.

Im „Neuen Deutschland“ vom 6./7. Mai 1989 war von der ehemaligen Leiterin des ZK-Instituts, Hanna Wolf, ein Beitrag zur Geschichte der Kommunisten intern zu lesen. Der letzte Absatz beginnt so: „Die Antikommunisten haben immer unrecht, wir, die Kommunisten, haben trotz mancher Fehler und Niederlagen immer recht. Immer haben wir das Recht der Völker, der Arbeiterklasse auf Freiheit und Unabhängigkeit verteidigt und geschützt. Wie heißt es doch in unserem Lied: ‚Wer für das Recht kämpft, hat immer recht!‘“

„Die Partei hat immer recht“ – weil sie die Macht hat. Hier wird politisches Recht – entsprechend einem Wahlergebnis –, juristisches Recht – entsprechend der Verfassung – und philosophisches „Recht“ zusammengeworfen zu dem Recht.

Die obenerwähnten Losungen wurden nachts abgenommen, es gab sie ja eigentlich gar nicht, auch nicht die absurden Freund-Feind-Bilder in Schule und Armee, vom Beitrag im „Neuen Deutschland“ will keiner etwas wissen, und so wird, wie gehabt, fleißig weiterverdrängt: Geschichte wieder versteckt, geleugnet, die ganz sicher, irgendwann und unerwartet, aufbricht und uns wieder vor vollendete Tatsachen stellt.

Norbert Bleisch



„Erst wenn der letzte Baum gerodet, der letzte Fluß vergiftet, der letzte Fisch gefangen, werdet Ihr feststellen, daß man Geld nicht essen kann!“

(Aus der Weissagung der Cree)

## So laßt uns denn ein Apfelbäumchen pflanzen!

Jahrzehntlang verfehlt und bewußt fehlgeleitete Umwelt- und Naturschutzpolitik hat die DDR zu einem der größten Umweltverschmutzer der Welt gemacht.

Andererseits wurden bei uns Landschaften in einem Flächenausmaß erhalten, wie nirgends in Mitteleuropa. Die Geschichte um diese Gebiete ist allerdings oft traurig: Mit der zunehmenden Industrialisierung seit Ende des vorigen Jahrhunderts in Europa wurde die Notwendigkeit des Schutzes der Natur offensichtlich. Je mehr zerstört wurde, um so größer wurden die Aktivitäten des Naturschutzes. Es wurde ein Konkurrenzkampf zwischen Vernutzen und Schützen, was in Feilschereien um Quadratmeter mündete. Eine umfassende Landeskultur, wie sich langfristige Erhaltung von Arten, Biotopen, Landschaften und nachhaltige Produktivität miteinander verbindet, ist nach wie vor säuselnde Zukunftsmusik. Der Beschluß zum Status „Naturschutzgebiet“ war ein Zugeständnis an ein paar Spinner, die nunmal Vögel und Pflanzen lieben.

Der Mißbrauch von Naturschutz zur Bemäntelung feudalabsolutistischer Repräsentationsgebahren in Staatsjagdgebieten ist einer der größten Skandale in der DDR-Geschichte. Gewiß kein Zufall, daß dafür einige der größten und wertvollsten Naturschutzgebiete erhalten mußten – man hatte eben Sinn und Wertschätzung für intakte Natur! Jetzt steht das „Thema“ Nationalpark zur Diskussion, trotz jahrzehntelangem Niedergang unserer Landschaft.

Es ist Eile geboten: Nichts ist für touristische Erschließung interessanter als relativ unberührte Gebiete. Für Erholung braucht man Natur. Muß damit auch ihre Zerstörung einhergehen? Die Entscheidung liegt bei uns?

Nun gibt es aber den Status „Nationalpark“ bei uns nicht. Nationalpark soll etwas Typisches der Landschaft zeigen und erhalten, nationale Eigenartigkeit repräsentieren.

Das kann durchaus Kulturlandschaft sein, wenn sie uns erhaltenswert ist aufgrund ihrer Schönheit, ihrer Mannigfaltigkeit und ihres Artenreichtums. Hier werden Erhaltung und Pflege nicht ehrenamt-

lich, sondern von hauptamtlichen Betrieben getragen werden müssen. Eine bunte Blumenwiese ist deshalb Wiese und bunt, weil sie gemäht wird – und das will getan sein!

Nationalparks können eine breite Palette von echter Naturlandschaft (Wälder, Moore, Gewässer) über Kulturlandschaften (Äcker, Hecken, Wiesen, Weiden) bis hin zu Ortschaften und Erholungseinrichtungen beinhalten. Warum nicht zeigen, wie ein Dorf oder ein Zeltplatz aussehen und funktionieren kann unter den oft beschworenen ökologischen Gesichtspunkten. Warum müssen wir uns immer noch anhören, daß ökologisches Land- und Forstwirtschaften nicht möglich seien?

In Nationalparks wäre das unter Beweis und zur Schau zu stellen: Artenschutz und Landschaftspflege unter ästhetischen und ökologischen Gesichtspunkten in Einklang mit Produktion.

Überdies sind Nationalparks große Freilandlaboratorien, in denen wir Stoff- und Energieflüsse in Ökosystemen erforschen können, die in „normaler“ Kulturlandschaft meist chaotisch und zerstört sind. Wer von Ökologie redet, der muß davon etwas wissen. Und wir wissen davon noch viel zu wenig.

Nationalparks sind große Schauobjekte für den Tourismus und damit Bildungsstätte und Einnahmequelle. Es gibt Länder, die einen Großteil ihres Nationaleinkommens aus dem Betrieb der Nationalparks erwirtschaften (z. B. Österreich 20 %). Also ist doch wieder Geld im Spiel, und nicht als Verlust für die Wirtschaft, so wie der Hauptvorwurf gegen den Naturschutz bei uns lautete.

Nationalpark bedeutet keinesfalls totale Abschirmung der Gebiete, Sperrung vor dem Zugang. Dieser Käseglockenglaube ist in den Hirnen vieler Menschen allerdings tief verwurzelt. In einem Nationalpark gelten nur die Regeln, die eigentlich für uns Menschen generell gelten, durch deren Mißachtung wir aber den „Rest“ der Welt herunterwirtschaften. Ist die Frage nach unserem Fortbestehen Gegenstand einer demokratischen Entscheidung?

Ulrich Meßner

„Bürgerinitiative Nationalpark Müritz“

## Alt-Beton vorerst nur gegen Devisen

Der DDR-Außenhandelsbetrieb LIMEX-Bau Export-Import verkauft die Mauer! Welch trefflicher Einfall! Das zeugt doch von schnellem Reagieren auf die Gesetze des Marktes. Wir können stolz sein auf so cleveren Geschäftssinn dieses Unternehmens – ist es volkseigen? Gehört es einer Partei? Woher kamen die Millionen für die DKP? Haben wir an diese Partei auch nur eine Mark zu verschenken?

Also, falls Limex uns gehört: Es gibt Grund zur Freude – Devisen kommen ins Land! Gegen Zertifikat werden die wertvollen Klumpen verhöckert! Ehrensache! Für ausschließlich humanitäre Zwecke! Oh, was können wir uns freuen – nun wird aus dem scheußlichsten, unhumansten Bauwerk deutscher Nachkriegsarchitektur am Ende doch noch etwas Gutes!

Bloß wir, die DDR-Bürger gehen wieder einmal leer aus. Aber vielleicht kann man die teuren Brocken in das Sortiment des Intershop aufnehmen. Wäre das nicht ein guter Gedanke, dann blieben die DM aus dem Devisen-Fonds gleich im Lande!

## Wir fordern:

Sofortige Schließung der Mülldeponie Schönberg!

Wir sollten uns der Empörung des Limex-Chefs Pfannenschmidt anschließen: Es gibt im Westen seriöse Anbieter von Beton, der gar nicht aus der Mauer stammt!!

Wenn es nicht alles so traurig wäre, man sollte lachen über diese Geschäftemacher hüben wie drüben. Aber 28 Jahre sind wir durch diese Mauer gedemütigt und verhöhnt worden, an ihr sind Menschen gestorben – nun geht die Verhöhnung weiter.

Ich denke, die Mauer kann den Mauerspechten überlassen werden, ein Stück von ihr sollte stehen bleiben, damit wir sie nie vergessen.

R. M.



Ein Blick auf das Naturschutzgebiet am Ostufer der Müritz

Die Krise, die unser ganzes Land erfaßt hat, betrifft auch die Landwirtschaft. Durch die Zwangskollektivierung wurde den Bauern die Basis entzogen. Das Verfügungsrecht über ihren Boden, ihr Vieh, ihre Gebäude und landwirtschaftliches Gerät ging ihnen verloren. Und fast genauso schlimm war: Auch ihr geistig-moralisches Eigentum wurde mit Füßen getreten. Die Traditionen und Erfahrungen der Landbevölkerung wurden mißachtet und als reaktionär beschimpft. Die vielseitige Qualifikation des Bauern (er machte ja auf dem Hof eine viel längere Lehre mit als ein Fabrikarbeiter) wurde nicht mehr anerkannt. Bauern, die einmal stolz auf ihren Stand sein konnten, wurden zu politisch unzuverlässigen kleinen Angestellten ohne Berufsabschluß gestempelt.

Daß wir dennoch keine Ernährungsprobleme haben, kann nicht über die Fehlentwicklungen hinwegtäuschen. Staatssozialismus und Planwirtschaft waren Gift für die ländliche Entwicklung. Wo stehen wir?

Die Lage ist paradox. Es geht der Landbevölkerung besser als der Landwirtschaft. Nur wenige Betriebe befinden sich auf dem nötigen Stand, um effektiv zu wirtschaften und umweltverträglich zu sein. Dennoch wird sich die Ernährung auch weiterhin absichern lassen, wenn auch mit einer Reihe von Änderungen der bisherigen Situation. Derzeit ist das Preissystem deformiert und die Produktionspalette größtenteils von oben vorgeschrieben. Gebäude und Ausstattungen sind oft in schlechtem Zustand. Technische Geräte sind zwar zahlenmäßig ausreichend vorhanden, aber ein großer Teil ist überaltert, liegt still wegen Ersatzteilermangel oder ist behelfsmäßig zweckentfremdet eingesetzt. Umweltschutzmaßnahmen werden aus verschiedensten Gründen nicht eingehalten. Der Personal- und Transportaufwand ist extrem hoch.

Auf der Habenseite? Nicht viel mehr als der recht gute Ausbildungsstand, der etwas zu hohe Viehbestand und, daß die Böden größtenteils noch nutzbar sind.

Was muß geschehen? Eine Landwirtschaft kann nicht von oben gemacht werden, noch weniger als eine allgemeine Wirtschaftsreform. Aber die Beschränkung, welche die Effektivität und Flexibilität der Landwirtschaft beeinträchtigen, müssen beseitigt werden.

– Es darf weder staatliches noch genossenschaftliches Vorkaufsrecht geben.

– Gewinne werden nicht mehr an den Staat abgeführt, aber auch staatliche Stützungen entfallen weitestgehend

– Wert und Preis treten wieder in direkte Beziehung, so daß alle Mengenbeschränkungen (Futter, Jungtiere ...) entfallen.

– Der Export landwirtschaftlicher Produkte (nicht nur dieser) wird schrittweise vom staatlichen Zwischenhandel gelöst. Erst teilweise, später in voller Höhe kommt der Devisenerlös dem Produzenten zu.

# „Wege übers Land“

Gedanken zu einer Landwirtschaftsreform



– Das Zweiklasseneigentum wird abgeschafft. Auch Siedlerstellen gehen ganz in das Besitz- und Verfügungsrecht der Eigentümer über und können verkauft werden.

Grundsätzlich muß klar sein, daß das Ziel nur eine Landwirtschaft mit Markt und Wettbewerb sein kann. Die ersten Schritte müssen so bald wie möglich erfolgen. Aber es werden viele kleine sein.

Das Recht auf Eigentum ist ein Grundrecht jedes Menschen. Für unsere Landwirtschaft heißt das: jeder Eigentümer von Land, Vieh, Gebäuden, Gerät und LPG-Anteilen kann selbst entscheiden, was er mit diesem Besitz vorhat. Die Regelung im einzelnen ist dabei Sache der Vertragspartner LPG und Bauer.

Aber nicht nur derjenige hat ein Recht auf Schutz seines Eigentums, der aus einer LPG austritt. Darum wird die Festlegung, was die Eigentumsanteile an einer LPG tatsächlich wert sind, und die Festsetzung der Entschädigung für Werte, die nicht erstattet werden können, oftmals nicht am Gericht vorbei führen. Ganz sicher aber wird es wieder eine ganze Reihe bäuerlicher Privatbetriebe geben.

LPG können nur als echte Genossenschaften weiter existieren, nämlich wenn Bauern dies wollen und einen entsprechenden Vertrag abschließen. In der Regel wird es wohl zu Neuabschlüssen zwischen den Bauern kommen, die nicht daran interessiert sind, wieder ganz selbständig zu wirtschaften. Die Bauern in solchen Zusammenschlüssen werden natürlich frei über Form und Größe ihrer Genossen-

schaft entscheiden sowie über die Leitung, Aufnahme- und Ausschlußbedingungen, Gewinne und Anschaffungen, Art und Weise von Feldbau und Viehhaltung usw. Dennoch lassen sich manche Ergebnisse dieser Umwälzung schon abschätzen:

– Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion wird beendet.

– Größe der Zusammenschlüsse wird deutlich geringer, weil nur so unnütze Transporte wegfallen.

– Die Intensität und Sorgfalt wird wieder die Oberhand über die Masse gewinnen, besonders in der Viehhaltung.

– Außer Mitgliedern werden die Genossenschaftler verstärkt Angestellte haben.

– Die Gesamtzahl der in der Landwirtschaft Tätigen wird abnehmen.

Manche besonderen Aufgaben fallen weiter dem Staat zu. Das gilt für die Erstellung der Flächennutzungspläne (wo Wald, Naturschutzgebiet, Bauland usw. ist) und für die Abwehr von Bodenspekulation. Verkauf von Boden an Ausländer wird sicherlich einige Zeit untersagt bleiben.

Es wird auf dem Lande wieder größere materielle Unterschiede geben, damit die Entrechtung der Bauern und die Verschwendung der Ressourcen aufhört. Mancher Preis wird für den Verbraucher steigen. Aber die Stützungsgelder für die jetzigen Preise haben wir über Steuern und manche überhöhten Preise ohnehin selbst bezahlen müssen. Und vielleicht gewinnen wir durch realistische Preise sogar ein wenig an Ernährungsbewußtsein.

Dr. R. Müller-Zetsche, Sozialdemokratische Partei

## Nicht nur profilieren, sondern Verbündete akzeptieren

Neue Parteien, vor allem aber die basisdemokratisch orientierten Gruppierungen müssen sehr schnell jetzt eine Menge leisten. Sie müssen in einem arbeitsaufwendigen Prozeß eine Organisation aufbauen und vor allem ein Programm entwickeln. Sie müssen dabei mit der Tatsache leben, daß sich oft recht zufällig erst Leute zusammengefunden haben, die nun gemeinsame Prämissen ihrer Arbeit finden müssen, normalerweise ist das umgekehrt, da stoßen Mitglieder zu Gruppen, weil sie deren Programm unterstützen. Und diese Orientierung vollzieht sich unter dem starken Druck eines baldigen Wahltermins, bis zu den Wahlen wollen die einzelnen Vereinigungen für Wähler identifizierbar sein, das heißt auch von anderen ähnlichen Gruppen unterscheidbar. Auch das macht Befürchtungen – die Kräfte, denen es um eine demokratische, solidarische, ökologische Gesellschaft geht, könnten sich jetzt zersplittern, auf ihre Profilierung, das heißt auch Abgrenzung, bedacht sein, anstelle den Konsens, das Bündnis mit ähnlich orientierten Gruppen zu suchen.

Während die Rechte mit ihren kurzsichtigen, aber verführerischen Zielstellungen bei einem nicht erheblichen Teil der Bevölkerung ins Schwarze (oder Braune) trifft, verlieren die basisdemokratisch orientierten Kräfte viel Energie damit, die Unterschiede zu ihresgleichen auszumachen. Kleine und kleinste Gruppierungen verschleifen ihre Kräfte für eine landesweite und flächendeckende Organisation ...

Meine Sorgen werden aus verschiedenen Eindrücken der letzten Wochen gespeist. Dahinter steht auch eine Erfahrung, die ich in der Friedensbewegung innerhalb der Kirche in den letzten Jahren bis zur Verzweiflung machen mußte – der Druck der Stasi war nie so groß, so groß er auch war, als daß man nicht noch Zeit gehabt hätte, diffizile Feindschaften zu anderen Friedensgruppen zu entwickeln. Die Leute aus den eigenen Reihen werden merkwürdigerweise mit viel mehr Unuldnsamkeit und Intoleranz beurteilt wie diejenigen, gegen die man angetreten ist. Das ist natürlich ein übler Ausweg aus der eignen Bedrängnis, und er ist vor allem gefährlich, denn er bindet viel zu viele Kräfte.

Ich denke, es ist für die demokratische Bewegung in unserem Land jetzt notwendig, über kleinere Unterschiede hinwegzusehen und damit den Blick für im Grunde vorhandene Gemeinsamkeiten zu öffnen, Bündnisse, vielleicht sogar Zusammenschlüsse ins Auge zu fassen. Die Demokratie ist immer noch ein recht hilfloses Pflänzchen in unserem Land. Ihr aufzuhelfen, braucht alle Kräfte, nicht nur die, die nach der Organisation und Profilierung so vieler Gruppen und Grüppchen übrigbleiben.

E. Wesuls, Berlin

## Vorposten der SED-PDS?

In diesen Tagen finden Gespräche zwischen Pädagogen, Eltern und Vertretern oppositioneller Gruppen statt. So auch in Gadebusch. Man höre (lese) und staune: Die Leiterin der Pionierorganisation informierte: Die Organisation wird weiter als „einheitliche Kinderbewegung“ existieren. Ihre Arbeit wird weiter in den Schulen stattfinden! Sie wird sich um die Freizeitgestaltung der Kinder bemühen, aber „auf ideologische Arbeit können wir auch in Zukunft nicht verzichten“. Und das ist ja auch nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß die Pionierleiter in der Regel der SED angehören. Hier reserviert sich die SED-PDS einen weiteren Vorposten.

Welchen Wert hat da noch die Erklärung eines Kreisschulrates: „Den Hegemonieanspruch einer Partei wird es in Zukunft nicht mehr geben.“?

Michael Blumenschein, Pokrent



## Die ersten drei Lebensjahre

Für die Anregung einer öffentlichen Diskussion über die Bedeutung der ersten drei Lebensjahre für die gesunde Entwicklung des Kindes im Artikel „Zerstören Kinderkrippen das Urvertrauen?“ von Bärbel Röhl (Mecklenburger Aufbruch vom 31. 12. 89) möchten wir uns herzlich bedanken.

Wir sind der Meinung, daß in Zusammenhang mit der angestrebten Schul-, d. h. eigentlich Erziehungs- und Bildungsreform, die ersten Lebensjahre, welche für die gesamte Persönlichkeitsentwicklung des Menschen entscheidend prägend sind, nicht ausgeklammert werden dürfen. Mit der Geburt beginnt ein Loslösungs-, ein Individualisierungsprozeß; so nah, wie während der Schwangerschaft kann sich das Kind nie wieder mit einem Menschen verbinden. Wenn dieser Weg zur Eigenständigkeit aber nicht organisch und den Entwicklungserfordernissen entsprechend beschritten werden kann, bleiben Lücken im ‚Fundament‘ der wachsenden selbständigen Persönlichkeit. Was aber hier als Defizit an Nähe, Wärme, Verständnis, aber auch an Freiheit und Autorität bestehen bleibt, wird später nur sehr schwer und z. T. gar nicht mehr ausgeglichen werden können.

## In Sachen Erbe M. Honecker

Auf den Artikel „Was erben wir von Margot Honecker“ gab es von seiten einiger Schuldirektoren empörte Reaktionen. Es ist gut, daß sich Pädagogen unseres Landes endlich empören über ungerechte Praktiken im Umgang mit Auszubildenden. Bis zum Redaktionsschluß war nicht eindeutig zu klären, ob Frau Honecker persönlich oder ihr Ministerium diese Praktik empfahl, aber: Ich empfehle die §§ 131-135 und 141 (3) des Arbeitsgesetzbuches gründlich zu lesen und die entsprechenden V.u.M. Setzen Sie sich für die sofortige Streichung dieser §§ ein!

## Interessenten für die Waldorfschule:

Schwerin, 24. Januar, Haus des Kulturbundes, W.-Pieck-Str., Ecke Maternstr., 20.00 Uhr: „Freie Schulen und Waldorfpädagogik“ mit anschließendem Gespräch

So wie die Muttermilch in ihrer Zusammensetzung stets aufs Genaueste den sich wandelnden Bedürfnissen des Säuglings angepaßt ist, wird die Mutter (und oft auch der Vater) die Äußerungen ihres Kindes schnell und genau verstehen lernen. Selbst eine fähige und sehr engagierte Erzieherin kann die den kindlichen Bedürfnissen entsprechende und der Mutter-Kind-Beziehung ähnliche Verbindung zu jedem Kind innerhalb ihrer Gruppe nicht aufbauen.

Deshalb sind wir der Meinung, daß die Möglichkeit der Bezahlung von drei Babyjahren für Mütter (oder Väter) dringend notwendig ist. Der volkswirtschaftliche Aufwand dafür dürfte kaum größer sein, als die z. Z. entstehenden Kosten; Kinderkrippen, Krippenerzieherinnen, Krankengeld für Mütter/Väter höhere Kosten medizinischer Betreuung durch schnellere Ansteckung erfordern wahrscheinlich einen nicht geringeren Aufwand, als drei bezahlte Babyjahre.

Eine wissenschaftliche Untersuchung zu diesem Thema ist dringend erforderlich.

Birgit Gofmann, Ahrenshoop

## Angebot

für alle demokratischen Gruppierungen und Parteien

In kaum übersehbarer Zahl haben sich Parteien, Bürgerinitiativen und -bewegungen gebildet. Wir möchten die neuen politischen Kräfte vorstellen – unser Angebot:

- Interviews mit Vertretern der Gruppierungen. Falls Sie daran Interesse haben, wenden Sie sich bitte an die Redaktion.
- Darstellungen politischer Programme – dann senden Sie bitte Beiträge ein. Diese sollten für die Leserschaft ausgeführt sein; kurz, prägnant, klar (maximal zwei A-4 Seiten, 1/2zeilig getippt).

## In eigener Sache

Die erste Nummer des „Mecklenburger Aufbruchs“ hat ein großes Echo gehabt. Darüber habe ich mich sehr gefreut. Es gab viel Lob, ja fast möchte man sagen Enthusiasmus, einige Stimmen waren kritisch, wenige böswillig.

Die Reaktion auf so ein Angebot einer Zeitung hat mich in dem Entschluß bestärkt, sie nun wöchentlich herauszugeben, vorerst leider nur vierseitig – aus technischen Gründen. Der „Mecklenburger Aufbruch“ ist und bleibt ein unabhängiges Blatt; ein Beitrag un- ausgerichtete Meinungsbildung zu ermöglichen.

In diesen Tagen wird ein Verlag gegründet, einige risikobereite Mecklenburger werden die wirtschaftliche Grundlage schaffen. Ein Redaktionsstab ist im Entstehen. Wir suchen dringend ein Büro in Schwerin! Bei allen Lesern, die mir mit Rat und Tat helfen wollen, bedanke ich mich, bitte haben Sie Verständnis, wenn ich noch nicht allen antworten kann – haben wir ein Büro, wird das anders.

Regine Marquardt

Mecklenburger Aufbruch, veröffentlicht unter der Lizenznummer 76

Redaktion: Regine Marquardt Pf. 189

Carlow 2731

Herausgeber: R. Marquardt s. o.

Redaktionsschluß: 15. Januar 1990

Herstellung: Druckhaus Schwerin II-16-8 (1058)

Preis: 00040